

# Trostloses Dasein statt Multikulti?

## Bund-Länder-Programm Soziale Stadt – Erfolgsmodell vor dem Aus

**(bk) – Soziale Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, Bürgertreffs sowie Ausbildungs- und Weiterqualifizierungsmaßnahmen: all das ist notwendig, um die Menschen aus problematischen Stadtteilen besser oder auch wieder in die Gesellschaft zu integrieren, das Gemeinschaftsgefühl zu stärken und ihnen Hoffnung zu machen. Im Rahmen der „Sozialen Stadt“ war das bisher möglich – bis die Bundesregierung am vergangenen Mittwoch beschlossen hat, die Mittel für soziale Projekte zu kürzen. Wie es weitergehen soll, ist ungewiss.**

Der gesellschaftliche und ökologische Wandel der vergangenen Jahre hat viele deutsche Städte vor enorme Probleme gestellt: Heruntergekommene Gebäude, Arbeitslosigkeit, niedriges Einkommen und fehlende Schulabschlüsse führten zu Unzufriedenheit, Isolation und Unverständnis. Auch Integrationsmodelle im sozialen und kulturellen Bereich wurden lange Zeit vernachlässigt. Das führte schließlich zu einer Art fortschreitender Ghettoisierung. Auch einige Stuttgarter Stadtteile waren und sind von diesen Problemen betroffen, beispielsweise der Zuffenhäuser Stadtteil Rot, Freiberg und Mönchfeld aber auch Giebel, der Hallschlag und Neugereut. Daher hat die Bundesregierung vor gut elf Jahren das Projekt „Soziale Stadt“ ins Leben gerufen.

Ziel sollte die Einleitung einer positiven Trendwende zur Stabilisierung und Aufwertung eben solcher Stadtteile sein. Bis zum Jahr 2007 haben Bund, Länder und Kommunen über zwei Milliarden Euro bereitge-

stellt. Dabei hat das Programm immer beides geleistet: städtebauliche Förderung und Grundlagen schaffen für gemeinsame Aktivitäten und Engagement im eigenen Stadtteil. Seit 2007 ist der Bad Cannstatter Stadtteil Hallschlag mit dabei, vor zwei Jahren wurde auch Neugereut in das Programm aufgenommen. Den beiden Stadtteilen wurden insgesamt Mittel in Höhe von 12,4 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Seitdem wurden in unzähligen Bürgerbeteiligungen Ideen und Wünsche ausgearbeitet, diskutiert und geplant. Das machte vielen Bewohnern wieder Mut und die Gemeinschaft unter ihnen wurde immer stärker. „Nicht nur in Beton, sondern auch in soziale Maßnahmen zu investieren – dieser Ansatz hat das Programm zum Erfolg gemacht“, sagt Ute Kumpf (SPD), Mitglied des Deutschen Bundestages und Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft „Bürgerschaftliches Engagement“.

Vor zwei Tagen dann der Schock: Die Bundesregierung

hat die Mittel für sozial orientierte Projekte, also sämtliche nicht-investiven Maßnahmen, radikal gekürzt: Fließen 2010 noch 95 Millionen Euro in die Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf, werden es im kommenden Jahr nur noch knapp 28 Millionen sein – bundesweit. „Integrationspolitik sieht anders aus“, meinte Ute Kumpf.

„In diesem Fall verdient das Projekt seinen Namen nicht mehr“, sagt Friedemann Gschwind vom Stuttgarter Amt für Stadtplanung und -erneuerung. Und auch Karin Lauser vom Stadtteilmanagement Neugereut zeigt sich enttäuscht: „Hier wurde ohne Sinn und Verstand an Projekten gekürzt, deren Erfolge seit zehn Jahren für sich sprechen. Ich kann diese Entscheidung nicht nachvollziehen.“

Die bisher zur Verfügung gestellten 3,4 Millionen Euro seien aber bereits bewilligt – „und die geben wir auch aus!“, so Lauser.

Mit den Anträgen zur Aufstockung des Budgets sieht es allerdings anders aus. „Wenn wir mit der Umsetzung einzelner Projekte begonnen haben, werden sicher weitere, größere Projekte fällig“, gab Ute Kinn, vom Stadtteilbüro Neugereut, zu bedenken. „Gerade die sehr wichtigen sozialen und kulturellen Projekte werden wir so wohl nicht entwickeln können – und das ist wirklich fatal.“